

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion, kommentiert US-Überlegungen, die Mittelstreckenraketen in die START-Verhandlungen einzubeziehen: Späte Einsicht. Seite 1

Dr. Volker Hauff MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, fordert eine Ergänzung des Grundgesetzes: Umweltschutz muß Verfassungsrecht werden. Seite 3

Helmut Rohde MdB analysiert die Folgen sozialer Entwurzelung: Demokratieproblem am Jahrhundertende. Seite 5

Karl Weinhofer MdB, Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, kritisiert Norbert Blüm: Der Arbeitsminister reißt die größten Löcher ins soziale Netz. Seite 7

39. Jahrgang / 23

1. Februar 1984

### Späte Einsicht

US-Überlegungen, die Mittelstreckenraketen in die START-Verhandlungen einzubeziehen, hätten vor der Stationierung kommen sollen

Von Dr. Hermann Scheer MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Die Nachricht, daß in der amerikanischen Regierung daran gedacht wird, künftig über die Frage der Mittelstreckenraketen mit der Sowjetunion im Rahmen der START-Verhandlungen zu reden, ist grundsätzlich zu begrüßen. Käme es zu dieser einen Verhandlungsrunde statt der bisher zwei Verhandlungsrunden, so würde genau das eintreten, was die SPD im Verlauf des Jahres 1983 nachdrücklich gefordert hat.

Im Zusammenrücken der beiden Verhandlungstische haben wir im vergangenen Jahr die einzige realistische Möglichkeit gesehen, noch vor dem Beginn der Stationierung zu einem Verhandlungsergebnis über euro-nukleare Mittelstreckenwaffen zu kommen. Dem lag die politische Erkenntnis zugrunde, daß die getrenn-

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Verwendete Papiere  
mit 100% alter Rohstoff  
Recycling-Papier



ten Mittelstreckenraketen-Verhandlungen ein Ergebnis erschweren beziehungsweise sogar unmöglich machen würden. Demgegenüber wurde sowohl von der Bundesregierung als auch von der amerikanischen Regierung an den gesonderten INF-Verhandlungen festgehalten mit der Behauptung, so könne man am schnellsten zu einem Ergebnis kommen, weil der Problemausschnitt überschaubar sei. An dieser Behauptung wurde selbst dann noch festgehalten, als der Verhandlungsverlauf der START-Verhandlungen zügiger voranging als die INF-Verhandlungen. Tatsächlich war es so, daß sich die INF-Verhandlungen um einen künstlichen Problemausschnitt drehten und schon deshalb steckenblieben, weil so jede Seite die Waffen ausklammern konnte, die ihr ins Konzept paßten. Wer der Raketenstationierung den Vorrang vor einer Verhandlungslösung gab, hatte so immer ein Alibi in der angeblich mangelnden Kompromißbereitschaft des anderen.

Die jetzt langsam reifende Einsicht, daß über strategische Nuklearwaffen aller Reichweiten nur in einer geschlossenen Verhandlungsrunde gesprochen werden kann, hat jedoch einen bitteren Nachgeschmack. Wäre diese Einsicht bereits spätestens im Sommer 1983 gekommen, dann könnte man jetzt vielleicht schon sehr viel weiter sein. Aber auf die entsprechenden SPD-Forderungen - etwa den Appell des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel vom 2. September 1983 - nach einer Zusammenführung von INF- und START-Verhandlungen wurde nicht reagiert. Konstruktive Anregungen paßten den Verantwortlichen offenbar nicht in die Landschaft.

Erst nachdem die Stationierung am 22. November vergangenen Jahres beschlossen worden war, machte Anfang Dezember auf der Brüsseler NATO-Tagung der deutsche Verteidigungsminister einen Vorstoß in diese Richtung. So sehr also die neuesten amerikanischen Überlegungen zu begrüßen sind, so sehr muß gefragt werden: warum erst jetzt?

(-/1.2.1984/hi/rs)

+ + +



Den Umweltschutz zum Verfassungsrecht erheben

Das Grundgesetz muß ergänzt werden

Von Dr. Volker Hauff MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Vorsitzender des Arbeitsbereichs Umweltschutz

Unsere Verfassung bestimmt: "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat." Seit einiger Zeit wird diskutiert, ob unsere Verfassung um weitere Staatszielbestimmungen ergänzt werden soll. Dabei sind folgende Staatsziele in der Diskussion:

Umweltschutz

Die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen sind bedroht: Sterbende Wälder, vergiftete Fische, mit Blei und Dioxin vergiftete Kinderspielplätze, Vogelsterben, Gefährdung des Grundwassers durch Kohlenwasserstoffe und Nitrat, Östrogen in der Kindernahrung, Verkarstung ganzer ehemals fruchtbarer Landschaften - dies sind nur einige Stichworte für die besorgniserregende Entwicklung.

Diese Entwicklung ist mitverursacht durch unsere Art der Produktion und des Konsums und der zugrundeliegenden ökonomischen Theorie, die immer noch Wasser, Luft, die Natur insgesamt als "freie" Güter betrachtet. Die Umweltbelastungen werden in der betrieblichen Rechnungslegung nur dann berücksichtigt, wenn gesetzliche Auflagen zusätzliche Anforderungen für den Umweltschutz erzwingen.

Dieser Weg führt in die Irre. Wenn wir ihn weiter gehen, drohen weltweite Katastrophen. Ein ökologischer Holocaust ist nicht auszuschließen. Deswegen muß gehandelt werden. Der Staat muß handeln; denn es gibt keinen Umweltschutz ohne staatliches Handeln. Die natürlichen Lebensgrundlagen können nur erhalten und geschützt werden, wenn der Staat den Rahmen setzt: Durch Gebote und Verbote, durch steuerliche Maßnahmen, durch wirtschaftlichen Anreiz, damit sich umweltfreundliches Verhalten lohnt. Es muß das Ziel staatlichen Handelns sein, eine umweltverträgliche Industriegesellschaft zu schaffen. Die Sicherung der Grundbedingungen menschlicher Existenz, saubere Luft, reines Wasser, gesunder Boden und gesunde Nahrungsmittel erfordern umweltbewusstes Handeln des einzelnen und des Staates auf allen Ebenen. Deswegen sind wir Sozialdemokraten dafür, diese Notwendigkeit im Grundgesetz zu verankern.

Arbeit

Die hohe Arbeitslosigkeit und der Mangel an Ausbildungsplätzen sind für den einzelnen Betroffenen eine schwere Belastung und für unsere soziale und demokratische Gesellschaftsordnung eine große Herausforderung. Arbeit ist eben nicht nur Broterwerb, sondern bedeutet insbesondere für die junge Generation Selbstverwirklichung und Teilhabe an der gesellschaftlichen und sozialen Entwicklung. Arbeitslosigkeit ist eine Entwürdigung des Menschen.

Die Vorsorge für einen hohen Beschäftigungsstand und eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Die Aufnahme einer Staatszielbestimmung, die die Verantwortung von Staat und Gesellschaft für Arbeit und Ausbildung in der Verfassung verankert, würde dies besonders hervorheben.

Kultur

Schutz und Pflege der Kultur als unverzichtbare Voraussetzung menschlich-sozialer Existenz werden als ebenso wesentliche Anliegen des Staates angesehen wie die Aufrecht-



erhaltung von Recht und Ordnung. Teilweise sind die damit zusammenhängenden Probleme in den Grundrechtsartikeln der Verfassung bereits angesprochen.

#### Frieden

Die Erhaltung des Friedens ist das wichtigste Ziel staatlichen Handelns. Nur der Staat mit seinem Gewaltmonopol kann den Frieden erhalten und sichern.

#### Ist eine Ergänzung des Grundgesetzes sinnvoll?

Im geltenden Verfassungsrecht gibt es Schutzlücken. Das gilt vor allem für den Umweltschutz. Wir Sozialdemokraten plädieren nicht deswegen für eine Ergänzung des Grundgesetzes, weil wir unsere Verfassung modernisieren wollten. Das wäre eine gefährliche Entwicklung. Wir wollen nur solche Staatsziele in die Verfassung aufnehmen, die eine dauernde Aufgabe für staatliches Handeln darstellen. Eine solche Staatszielbestimmung würde

- den Gesetzgeber in die Pflicht nehmen,
- der Verwaltung und der Rechtsprechung eine Richtlinie für die Auslegung des Rechts an die Hand geben und
- für die politische Auseinandersetzung etwa bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder beim Umweltschutz ein wichtiges Zeichen setzen.

Wir Sozialdemokraten befinden uns bei unseren Überlegungen in Übereinstimmung mit einer Sachverständigenkommission, die sich im Auftrag der früheren Bundesregierung mit der Bestimmung von Zielen staatlichen Handelns beschäftigt hat. Diese Sachverständigen legten am 10. August 1983 einen Bericht vor, in dem sie die Ergänzung des Grundgesetzes in den drei Bereichen Arbeit, Schutz der Umwelt und Kultur als Ziele staatlichen Handelns empfehlen.

Nach Abschluß einer umfassenden Diskussion und einer sorgfältigen Prüfung, welche Staatszielbestimmungen ins Grundgesetz aufgenommen werden sollen, wird die SPD-Bundestagsfraktion eine entsprechende Initiative ergreifen. (-/1.2.1984/hi/rs)

+ + +



Soziale Entwurzelung

## Demokratieproblem am Jahrhundertende

Von Helmut Rohde MdB

Es ist kein Zufall, daß sich in allen Industrieländern die Frage nach dem Einfluß der Arbeitnehmer auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen, auf Politik und wirtschaftliche Praxis zuspitzt. Vor allem unter den Liberal-Konservativen vollzieht sich zum Jahrhundertende ein Umschwung der Sozialverhältnisse, wie er in den sehr zukunfts-gläubigen Jahrzehnten vorher nicht für möglich gehalten worden ist. Wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte werden unterlaufen, Sozialrechte, nicht nur Sozialleistungen, zusammengestutzt, das Arbeits- und Tarifvertragsrecht - jahrzehntelang eher sorgsam gehütet als angegriffen - auf den Anboß gebracht.

Massiv werden die Gewerkschaften unter Druck gesetzt. Das passiert überall. Das Hauptquartier der AFL/CIO, der amerikanischen Gewerkschaften, hat zwar Sichtweite zum Weißen Haus, aber die Politik liegt meilenweit entfernt. Ähnlich ist es beim britischen TUC. Und in der Bundesrepublik gibt es kein offenes, ehrliches Ringen zwischen Regierung und Gewerkschaftsspitze. Bestenfalls Fototermine, im übrigen aber eine von der Regierung neu aufgelegte Serie von Eingriffen in die Arbeits- und Sozialbeziehungen, konservative Stabsarbeit.

Gleichzeitig werden die Wege aus der Arbeitnehmerschaft zur Politik und zum gesellschaftlichen Einfluß enger. Die Königswege sind eher anderen Schichten vorbehalten, während die Lebenswege aus der Arbeiterschaft und aus Arbeitnehmererfahrungen mehr zu Trampelpfaden gemacht werden. Die Politik professionalisiert sich, erhält Schlagseite zu Lasten der Arbeitnehmer und entwickelt Züge, die mehr einer administrativen als repräsentativen Demokratie gleichen. Der administrative Charakter der Gesellschaft etabliert sich, in den staatsbürokratischen Ländern ohnehin.

Was bis vor wenigen Jahren gleichsam wie ein soziales Grundverhalten angesehen und bezeichnet wurde, nämlich die Fähigkeit zum Ausgleich und zum sozialen Konsens, gerät heutzutage eher in eine Zone der Verdächtigung oder gar der Verächtlichmachung. Sicher: auch in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg war das Verhältnis von Konservativen und Liberalen zu den Gewerkschaften von großer Distanz gekennzeichnet. Aber in den 80er Jahren geschieht mehr. Aus früherer Distanz wird eine neue Art von Politik. Die Sozialverhältnisse werden verändert, die Sozialstrukturen sollen anders zugeschnitten werden, und der politische und wirtschaftliche Einfluß der Arbeitnehmer wird zum Ziel des konservativen Angriffs.

Das entwickelt sich rundum in allen Industrieländern. Soweit es die Bundesrepublik angeht, stehen zwar die Mitbestimmungsparagrafen zunächst noch unverändert auf dem Papier. Aber ihr Geist, vor allem ihre Verbindlichkeit für die wirtschaftliche Praxis werden unterlaufen.

Gleichzeitig wird das Verhältnis von wirtschaftlicher und politischer Macht in den Industriegesellschaften von einer immer deutlicher werdenden Dialektik beherrscht. Während der Wahlkämpfe werden die Arbeitnehmer unter Druck genommen und sozial-psychologisch bearbeitet, gleichzeitig werden geradezu Millionendinger zur Beeinflussung von Politik gedreht, und nach dem Wahltag übernehmen liberal-konservative Regierungskräfte die Vorreiterrolle beim sozial- und arbeitsrechtlichen Angriff.

In der Bundesrepublik häufen sich die Regierungsinterventionen. Ganze Serien von Arbeitsrechts- und Sozialvorschriften werden unter den Hammer genommen. Unter der Über-



schrift "Abbau von arbeits- und ausbildungshemmenden Vorschriften" werden in Wahrheit ausbeutungshemmende Vorschriften abgebaut. Die soziale Hemmschwelle wird gesenkt. Die Jugendschutzabstriche werden bis 4.00 Uhr morgens, über Wochenend- und Schichtarbeit ausgedehnt, ansonsten Kündigungsschutz, Arbeitszeit- und Arbeitsvertragsvorschriften aufgeweicht, mehr und mehr der Unternehmensverfügung überstellt.

Immer mehr Betriebe bereiten sich - wie in USA und Japan - auf eine Neustrukturierung der Produktions- und Arbeitsverhältnisse vor. Das sogenannte Stammpersonal schrumpft immer mehr zusammen: Die Zahl der Ausgliederten, der unständig Beschäftigten, der oft ungesicherten und vielfach ungeschützten Arbeitnehmer hat sich in anderen Ländern bereits laufend vergrößert. An die Stelle von Arbeitnehmern mit gemeinverbindlichen Tarifverträgen wird die Philosophie der "Kapovaze" gerückt (kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit). Die Eingriffe der Regierung in die Arbeitsrechts- und Arbeitsschutzvorschriften haben den Sinn, die Arbeitnehmer für eine solche Politik und für die neuen Tendenzen der Unternehmensleitungen verfügbar zu machen. Das Tarifvertragsrecht, eines der sozialen Grundrechte in der Geschichte der Arbeiterbewegung, wird angegriffen.

Der einst so hoch gelobte soziale Konsens wird in den politischen Salons der Liberal-Konservativen heute mehr als eine soziale Sentimentalität angesehen, auf jeden Fall als "zu teuer". Den Gewerkschaften werden andauernd Bataillen geliefert. Und daß Arbeitnehmer mitbestimmen, konkreten Einfluß im Arbeits- und Wirtschaftsleben zu haben, das wird von diesen Kreisen eher als eine Art Anmaßung als ein Weg zu neuer industrieller Wirklichkeit betrachtet.

Sieht man sich diese Landschaft genau an, das politische Verhalten und die Triebkräfte für die Veränderung der Sozial- und Arbeitsbeziehungen, dann erkennt man darin un-  
schwer soziale Entwurzelungserscheinungen der Demokratie. Sie zeigen sich in hohen Zahlen der Arbeitslosigkeit, in den Industriebranchen Europas, in neuen Armutstendenzen, in der Ausgliederung großer Teile der Jugend, im Tabu gegen Reformen des Arbeitslebens und der Einkommensstrukturen sowie in den Aushöhlungen wirtschaftlicher und politischer Mitbestimmung.

Die dritte industrielle Revolution kündigt sich zwar mit anderen Technologien an als die erste. Aber ihre Mentalitäten im liberal-konservativen Lager sind erstaunlich ähnlich. Eine Art Mixtur von Technologie und Nostalgie breitet sich aus.

Diese sozialen Entwurzelungsgefahren werden am Jahrhundertende nicht nur zum großen Problem der Sozialbeziehungen, sondern auch der politisch-demokratischen Entwicklung. Für die Bewegung der sozialen Demokratie und ihre Organisationen wird es entscheidend, wie dagegen vorgegangen wird und wie die politischen und organisatorischen Voraussetzungen für ein solches Vorgehen aussehen. Es langt nicht, die sozialen Entwurzelungserscheinungen am Jahrhundertende nur zu verurteilen, man muß sie überwinden. Und dazu gehören Kraft und Überzeugungsfähigkeit. (-/1.2.1984/hi/rs)

+ + +



Blüm forciert den Sozialabbau

Der Arbeitsminister wird als der Ressortchef in die Geschichte eingehen,  
der die größten Löcher ins soziale Netz gerissen hat

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Wenn der beste Schauspieler im Kabinett Kohl, Herr Arbeitsminister Dr. Blüm, auftritt, braucht man nicht in der ersten Reihe zu sitzen, um seine Verwandlungskünste zu erkennen. Einmal oder immer derjenige, dessen Herz für Arbeitgeber schlägt, formuliert er Vorschläge zur Neufassung des Arbeitsrechts, die in ihrer arbeitsmarktpolitischen Auswirkung unter aller Sau sind. Je nach Bedarf setzt er die Maske des arbeitnehmerfreundlichen Sozialausschüßlers oder den Zylinder des Sachwalters des CDU-Wirtschaftsrats in der Regierung Kohl auf. Man kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus, wenn man sich anschaut, mit welchen Maßnahmen dieser Herr die "Vermittlungschancen von Arbeitslosen vergrößern" will:

- Wessen Vermittlungschancen werden dadurch erhöht, daß Arbeitnehmer in Zukunft auf einen Teil ihres Urlaubs verzichten "dürfen", damit sie ihre Kur nicht teilweise selbst bezahlen müssen?

Ist dies nicht eher ein kleines Präsent an die Unternehmer, die die Arbeitskraft ihres Arbeitnehmers kostenfrei bis zu einer Woche länger im Jahr zur Verfügung gestellt bekommen?

- Wieviele Arbeitslose werden auf Dauer dadurch neue Arbeit erhalten, daß zeitlich befristete Arbeitsverträge und verlängerte Leiharbeitsverhältnisse zugelassen werden?

Wird hier nicht stattdessen durch die Hintertür der bisher unzulässige Kettenarbeitsvertrag legalisiert? Wird nicht dadurch für die Unternehmen gerade die Möglichkeit eröffnet, keine Festanstellungen vornehmen zu müssen, sondern stattdessen mit Kurzzeitbeschäftigungen je nach Bedarf operieren zu können?

- Welchen Lehrling und welcher Teilzeitarbeitskraft mit geringem Einkommen wird damit geholfen, daß sie jetzt die Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge selbst zu bezahlen haben?

Glaubt Blüm wirklich, daß auch nur ein Unternehmer wegen dieses für ihn lächerlichen (für den Betroffenen aber erheblichen) Betrages auch nur eine einzige Neueinstellung vornehmen wird?



- Wieviele Neueinstellungen von Arbeitslosen werden wir wohl aufgrund der famosen Neuregelung erleben, daß der sogenannte "teilarbeitsunfähige" Arbeitnehmer eingeführt wird.

Ist dies nicht eher ein Instrument, um Arbeitnehmer wenigstens teilweise aus der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall herausfallen zu lassen?

- Und welchem Arbeitslosen nützt es schließlich, daß die Betriebsrenten ab einer Höchstgrenze gekappt werden?

Was dies mit der Verbesserung der Vermittlungschancen von Arbeitslosen zu tun hat, bleibt wohl Blüms Geheimnis.

Diese Art der Sozialpolitik aus dem Hause Blüm entwickelt sich mittlerweile zur Methode. Das hehre Ziel, den Arbeitslosen helfen zu wollen, dient als Deckmantel zum Abbau von arbeitsrechtlichen Schutzvorschriften. Man denkt gar nicht daran, etwas gegen die zutiefst inhumanen Arbeitsbedingungen nach dem KAPOVZ-System zu tun; vielmehr werden sie durch sogenannte "sozial erträgliche" Regelungen endgültig legalisiert. Man baut das System der Leiharbeit nicht ab, sondern verlängert sogar noch die Fristen. Man schafft keine Barrieren dafür, daß Arbeitnehmer nur jeweils für Zeiten von Produktionsüberkapazitäten beschäftigt werden, also keine Festanstellung erhalten, sondern schafft sogar noch legale Möglichkeiten für Kettenarbeitsverträge.

Natürlich weiß Herr Blüm, das er alles das nur nach außen verkaufen kann, wenn er es mit ein paar Bonbons für die Arbeitnehmer garniert. Da ist zum einen die Verlängerung des Mindesturlaubs von drei auf vier Wochen, die niemanden etwas kostet, da die vier Wochen sowieso schon überall tarifvertraglich abgesichert sind. Zum anderen finden sich daneben Regelungen wie die Pflicht zur Abgeltung von Überstunden durch Freizeit, die Ausweiskarte am Bau, die schärfere Bestrafung der illegalen Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern und die Lockerung der Drei-Jahres-Frist für Kassenkuren. Auch wenn hier noch die Detailregelungen abzuwarten wären, kann schon jetzt gesagt werden, daß diese Bonbons die eigentlichen Regelungen des Gesetzentwurfs nicht akzeptabel machen.

Herr Blüm wird noch als Arbeitsminister in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen, unter dessen Regie dem Netz der sozialen Sicherheit die größten Löcher gerissen werden.

(-/1.2.1984/hi/rs)

+ + +

